

1 **Frühjahrestreffen der Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund**  
2 **und Ländern am 03.03.2020**

4 **Entwurf einer Resolution (Stand: 03.03.2020; mit Änderungen:**  
5 **Brandenburg, Thüringen, Bayern, Bund)**

6 **Vielfalt stärken – Rassismus und Diskriminierung bekämpfen**

8 Die Anschläge in Hanau vom 19.02.2020 und in Halle (Saale) vom 09.10.2019 haben erneut  
9 auf erschütternde Weise die tödliche Dimension von Rassismus, Antisemitismus und  
10 Islamfeindlichkeit zum Ausdruck gebracht.

11 Die Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern zeigen sich entsetzt  
12 über die rechtsextremistischen und rassistischen Taten, bei denen Menschen aus unserer  
13 Mitte gerissen, weitere verletzt und viele traumatisiert wurden. Unsere Trauer und  
14 Anteilnahme gilt den Angehörigen und Betroffenen. Unsere Solidarität gilt all jenen, die sich  
15 von Hass und Ausgrenzung verunsichert und bedroht fühlen.

16 Die Taten richten sich gegen die Werte unserer Demokratie, in der der Schutz der  
17 Menschenwürde das höchste Gut ist. Der Schutz vor rassistischen Anfeindungen, vor  
18 Benachteiligungen wegen der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der  
19 Religion oder der Weltanschauung ist die Grundlage unserer vielfältigen Gesellschaft. Die  
20 Taten waren die mörderische Konsequenz von Hass und Hetze, wie sie zunehmend offen in  
21 rechtsextremen Milieus, in sozialen Medien, aber auch von Rechtspopulisten bei öffentlichen  
22 Veranstaltungen und im parlamentarischen Raum artikuliert werden.

23 Klar ist: Rassismus und Rechtsextremismus fordern uns als gesamte Gesellschaft heraus.  
24 Keine noch so gut ausgestattete Sicherheitsbehörde kann diese Herausforderungen allein  
25 bewältigen. Wir alle stehen in der Verantwortung, Antworten zu liefern auf die breite  
26 Verunsicherung bei den jüdischen und islamischen Gemeinden, bei Zugewanderten, aber  
27 auch bei den Menschen, die schon lange in Deutschland leben und die als „fremd“ etikettiert  
28 werden. Wir brauchen weitere klare und nachhaltige gesellschaftliche Signale, dass Staat  
29 und Zivilgesellschaft alles dafür tun werden, Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit und  
30 Antisemitismus den Nährboden zu entziehen.

31 Die Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern fordern deshalb:

32 1. Gesellschaftliche Vielfalt gelingt dort besonders gut, wo sich Menschen unterschiedlicher  
33 Herkunft und Religion begegnen können. Der direkte Kontakt trägt dazu bei, Vorurteile und

34 Vorbehalte zu erkennen, zu überdenken und abzubauen. Deshalb setzen wir weiterhin auf  
35 die Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Verwaltungen und Unternehmen, auf  
36 Begegnung, interreligiösen und interkulturellen Dialog sowie eine aktive Rolle und  
37 verbesserte Teilhabe von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen.

38 2. Eine Präventionsarbeit, die pädagogische Fachkräfte und Multiplikatoren im Umgang mit  
39 Abwertung und Hass stärkt, ist der Schlüssel zu einem friedlichen Zusammenleben. Es  
40 braucht Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Beratungsstellen,  
41 Vereine und eine engagierte Zivilgesellschaft, die in der Lage sind, Widerspruch zu leisten,  
42 wenn Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihrer Religion ausgegrenzt  
43 werden. Es geht darum, vorhandene Vorurteile abzubauen, Diskriminierung aufzubrechen  
44 und Vielfalt als Realität unserer Gesellschaft zu vermitteln. Demokratiebildung ist von Kita  
45 über Schule, berufliche Bildung bis Studium und Weiterbildung verbindlich zu verankern.  
46 Demokratische Teilhabe und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit muss noch mehr als  
47 bisher Teil des konkreten Alltags von Kindern und Jugendlichen werden. Die frühzeitige  
48 Teilhabe an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen ermöglicht eine stärkere  
49 Identifikation mit demokratischen Werten.

50 3. Die praxisnahe Demokratieförderung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene muss  
51 nachhaltig sichergestellt werden, wobei insbesondere die Zielgruppe der Jugendlichen ein  
52 möglichst großes Augenmerk verdient. Eine Verstetigung der im Rahmen des  
53 Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zur Verfügung stehenden Mittel zur strukturellen und  
54 nachhaltigen Stärkung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sowie der Arbeit für  
55 demokratische Teilhabe ist deshalb erforderlich. Um die Präventionsarbeit verlässlich zu  
56 gestalten und die wichtige Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus  
57 und der Opferberatungsstellen auf sichere Füße zu stellen, unterstützen die Beauftragten die  
58 Forderung nach einer nachhaltigen Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements für  
59 Demokratie auf hohem Niveau.

60 4. Die Beauftragten setzen sich daher dafür ein, gesellschaftliche Minderheiten und potentiell  
61 von Diskriminierung Betroffene in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken und  
62 nachhaltige Unterstützungsangebote bereitzustellen. Hierfür muss Antidiskriminierungsarbeit  
63 mehr als bisher verankert werden. Dies beinhaltet den Auf- und Ausbau von  
64 Beratungsangeboten sowie die Etablierung von Ansprechpersonen in öffentlichen  
65 Institutionen, die in Fällen von Diskriminierung kontaktiert werden können.

66 5. Erforderlich ist auch eine Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen der  
67 Untersuchungsausschüsse zum NSU, um mögliche Umsetzungsdefizite zu identifizieren und  
68 ggf. notwendige Nachjustierungen vorzunehmen.

70 6. Die Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern begrüßen die  
71 Ergebnisse des Integrationsgipfels vom 02.03.2020, insbesondere die Einrichtung einer  
72 unabhängigen Expertenkommission, die sich mit den Erscheinungsformen und einer  
73 Bestandsaufnahme zum Themenkomplex Islam- und Muslimfeindlichkeit auseinandersetzt  
74 sowie Vorschläge für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention erarbeitet.